Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 111. Dienstag, 7. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Die englische Regierungskrise.

Vor dem Rücktritt Lloyd Georges?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 6. März. Wie in den politischen Klubs in London verlautet, ist Lloyd George entschlossen, zurückzutreten, wenn er nicht sicher ist, daß er das Vertrauen der gesamten unionistischen Parteien hinter sich hat. Es ist nur die Frage, ob die unionistischen Führer genügend Einfluß auf ihre Anhänger haben, um sie zum gemeinsamen weiteren Vorgehen um sich zu scharen. Falls der Premierminister zurücktritt, würde dies wahrscheinlich zur Schaffung einer neuen mittleren Partei führen, die aus Koalitionsliberalen und Koalitionsunionisten zusammen mit einigen Unabhängigen, Liberalen und Arbeiterparteilern gebildet würde. Inzwischen hat aber der Hauptführer der Konservativen, Sir George Junge, dessen Haltung eine der Hauptanlässe zur Lloyd-George-Krise war, nach der „Western Mail" sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß seine verschiedenen Reden ein Mißverständnis geschaffen hätten, so daß man hätte glauben können, er habe die Autorität Lloyd Georges angreifen wollen. Er soll versichert haben, seine Ansicht sei nach wie vor, daß die Koalition nicht nur bis zur nächsten Wahl, sondern noch bedeutend länger bestehen müsse. **Der „Sunday Herald" glaubt mitteilen zu können, daß die Anhänger Lloyd Georges davon überzeugt sind, daß dieser im Laufe der Woche dem König seine Demission überreichen werde. Die „Sunday Times" dagegen schreibt, daß eine der Ursachen, die eine Ministerkrise vermeiden können, die Notwendigkeit der Vorbereitungen der Genueser Konferenz sei. Nach der „Sunday Times" ist lediglich Lloyd George der Aufgabe gewachsen. Der „Observer" meint über die Ministerkrise, was auch immer kommen mag, es ist absolut sicher, daß der Premierminister eine völlige Ruhepause von einigen Wochen nötig hat. Er selbst wünsche eine solche Ruhepause, ganz gleich, ob er im Amte bleibe oder sein Amt niederlege.**

London, 6. März. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt, daß Lloyd George zweifellos über die heutige Lage im Parlament unzufrieden ist. Er fühlt seinen Einfluß im Unterhause erheblich geschwächt. Man erwartet stürmische Parlamentssitzungen.

Der „Temps über den Garantievertrag.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 6. März. Der „Temps" antwortet in ziemlich gereiztem Tone in seinem gestrigen Leitartikel auf einen Aufsatz des „Observer", worin dieser zum Ausdruck brachte, daß Frankreich die Einsetzung einer konservativen Regierung in England begrüßen und das englische Volk den Abschluß des Garantievertrags wahrscheinlich ablehnen werde. Der „Temps" bemerkt hierzu: Wenn Lloyd George zurücktritt, wird Frankreich niemals die Dienste vergessen, die er ihm im Jahre 1918 erwiesen hat und wenn Lloyd George an der Regierung bleibt und über seine Gegner siegt, so vermag das nicht den „Temps" zu einem Höfling umzuwandeln. Wir weisen es außerdem zurück, die Angelegenheit des Garantievertrages an dieses oder jenes Ministerium zu binden; wir weigern uns aus prinzipiellen Gründen. Der Vertrag würde nur eine Illusion sein, wenn er eines der persönlichen Werke eines geschickten Politikers und nicht das Kollektivwerk des gesamten britischen Volkes wäre. Der Garantievertrag enthält nicht die Verpflichtung, daß die französische Regierung am Wahlsiege Lloyd Georges mithelfen solle.

Genua und die Revision der Friedensverträge.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rom, 6. März. Ein Leitartikel der „Epoca" unterstreicht das vitale Interesse, daß die Konferenz von Genua eine Revision der Friedensverträge herbeiführe, damit Mitteleuropa wieder ein aufnahmefähiger Markt werde, dessen der italienische Handel bedürfe und damit Frankreich sowie die Kleine Entente nicht mehr unausführbare Verträge zu einer politischen Hegemonie ausnützen.

Der Zusammentritt des Obersten Rates.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 6. März. Die „Times" melden aus Paris, daß Frankreich dem am 1. März gestellten Antrag Italiens, den Obersten Rat vor Zusammentritt der Konferenz von Genua zusammentreten zu lassen, zugestimmt hat. Damit sei die Frage des Zusammentritts des Obersten Rats im März entschieden.

De Facta Vorsitzender in Genua.

Rom, 4. März. Es steht nunmehr fest, daß nicht Tittoni, sondern der Ministerpräsident de Facta den Vorsitz auf der Konferenz in Genua führen wird. Wenn die Lage seine Anwesenheit in Rom erforderlich machen sollte, soll er im Vorsitz durch den Außenminister Schanzer vertreten werden.

Izzet-Pascha auf dem Wege nach London.

Konstantinopel, 5. März. Der Minister des Aeußeren, Izzet-Pascha, ist nach London abgereist, um dort die türkischen Forderungen zu unterbreiten. (W. T. B.)

Zur Zuschrift Kapps.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. März. Der Reichsregierung lag bis Mittag noch keine Mitteilung vor über das Anerbieten des Herrn Kapp, sich unter gewissen Bedingungen dem Reichsgericht zu stellen. Die Mittagsblätter veröffentlichen die an die „Dresdner Nachrichten" gerichtete Zuschrift des Herrn Kapp an der Spitze. Die „B. Z." beschränkt sich darauf, zu bemerken, man müsse zunächst abwarten, ob sich der Brief als authentisch erweisen werde. Die „Neue Berl." bemerkt: Bei aller Anerkennung der ehrenvollen Beweggründe, die Herrn Kapp zu seinem Schritt bewogen haben, ist aus den Angaben seines Briefes ersichtlich, daß er noch immer den alten Standpunkt beibehalten hat, die deutsche Republik und deren Regierung nicht anzuerkennen, und daß er, nur um seinen Genossen Jagow zu rehabilitieren, sich selbst dem Reichsgericht stellen will. Ob dieses Kapps Bedingungen annimmt, steht dahin. Ist dies der Fall und kommt es zu einem Leipziger Prozeß Kapp, so muß mit einer neuerlichen Aufrollung des ganzen Verfahrens gerechnet werden.

Die Kreditkontrolle über Oesterreich.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 1. März.

Oesterreich bekommt nun tatsächlich Kredite. Rechnet man die Beträge, die seitens Frankreichs, Englands und der Tschecho-Slowakei flüssig gemacht werden, zusammen, so gelangt man zu einer Gesamtsumme von etwa 200 Milliarden österr. Kronen. Das Verdienst des Ministerpräsidenten Schober und des Finanzministers Dr. Gürtler um diese Kredithilfe wird rückhaltslos anerkannt. Etwas vorsichtiger allerdings muß man sich jenen sanguinischen Hoffnungen gegenüber verhalten, die von der Gewährung dieser Teilkredite eine endgültige Sanierung der österreichischen Valuta erhoffen. Hierzu fehlt — ganz abgesehen von der ziffernmäßigen Unzulänglichkeit des Betrages — die wichtigste Voraussetzung: Die Errichtung einer neuen Notenbank. Aber selbst die Verhinderung eines weiteren Zurückgleitens des österreichischen Kronenkurses auf zwei Monate wäre schon ein kleiner Erfolg.

Die Freude darüber wird aber stark getrübt durch die Bedingungen, unter denen diese Kredite gewährt werden. Nach Informationen aus hiesigen Entente-Kreisen wird Oesterreich durch Annahme dieser Bedingungen tatsächlich in seiner Souveränität gemindert. Schon vor Jahresfrist wurden der österreichischen Regierung vom Völkerbund-Komitee Andeutungen gemacht, daß die Verwendung der vom Völkerbund zu erwartenden Sanierungskredite an Oesterreich unter die Kontrolle einer internationalen Kontrollkommission des Völkerbundes gestellt werden solle. Auch mit den jetzt von England und Frankreich bewilligten Interimskrediten ist der Gedanke einer Finanzkontrolle verbunden. Es ist zu diesem Zwecke ein englischer Funktionär bestimmt worden, der zunächst wohl nur die Verwendung der bewilligten Kredite zu kontrollieren hat, im weiteren Verlaufe seiner Tätigkeit jedoch zweifellos auch Einfluß auf die Finanzgebarung des österreichischen Staates gewinnen müßte. So zum Beispiel haben die abermaligen Sozialisierungsvorstöße der Wiener sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung in Ententekreisen den peinlichsten Eindruck hervorgerufen. Zur Unterstützung sozialistischer Experimente haben die Weststaaten kein Geld übrig, und wenn sie Kredite geben, so nur unter der Garantie, daß mit solchen Versuchen endlich gründlich aufgeräumt werde. Daher der Wunsch nach Kontrolle.

Dieser Zustand ist türkisch und wohl das Beschämendste, was Oesterreich seit dem Zusammenbruche über sich ergehen lassen mußte. Anderseits konnte der im Nationalrate bestehende Gleichgewichtszustand zwischen den Parteien, der den Sozialdemokraten stets die Entscheidung zufallen läßt, diese Entrechtung Oesterreichs voraussehen lassen. Aber vielleicht hat selbst diese beschämende Tatsache doch die eine Wirkung, daß in diesem Staatswesen nun endlich, unbehindert durch die bisherigen demagogischen Verzögerungsversuche der Sozialisten, mit dem Ordnungmachen ernstlich begonnen wird, insbesondere mit dem Abbau des Monstrums eines Staatsangestelltenkörpers, mit dem Abbau der Riesenlöhne der Arbeiter, dem Achtstundentage, dann mit der ebenso überflüssigen wie kostspieligen Wehrmacht. Vielleicht wird bei Durchführung dieser Maßnahmen der englische Finanzkontrolleur der Regierung einen entsprechenden Rückhalt geben.

Die Tschechen haben übrigens die Sicherstellung ihres Kredits auf einem anderen Wege bereits durchgeführt: durch ein Retentionsrecht auf die auf tschecho-slowakischem Gebiete für Rechnung Oesterreichs eingehobenen Verkehrssteuern. Wenn zum Beispiel ein Reisender von Prag nach Wien fährt, wird in Prag auch der Tarif und die Verkehrssteuer für die österreichische Strecke eingehoben, und während normalerweise der auf Oesterreich entfallende Betrag an die Wiener Finanzverwaltung abgeführt werden müßte, behält ihn die Prager Stelle zurück.

Die Unmöglichkeit weiterer Goldmarkzahlungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 6. März. „Petit Journal" erklärt, daß die letzte deutsche Zahlung von 31 Millionen Goldmark vom Deutschen Reiche nicht mit frohem Herzen geleistet worden sei. Der deutsche Finanzminister habe den Vertretern der Wiedergutmachungskommission in Berlin erklärt, die deutsche Regierung werde sich bald vor der Unmöglichkeit befinden, diese Zahlungen fortzusetzen. Er hat von neuem Nachdruck darauf gelegt, daß sofort ein Moratorium bewilligt werde und Rathenau habe diese Tatsache Bemelman bei dessen letztem Aufenthalt in Berlin bestätigt. Das Blatt meint, es sei unbedingt nötig, daß die in Cannes unterbrochene Diskussion wieder aufgenommen und beendet werden müsse. Man könne nicht daran denken, nach Genua zu gehen und im Einverständnis mit den Deutschen über den Wiederaufbau Europas zu sprechen, so lange die Festsetzung der deutschen Schulden noch in der Schwebe sei.

Nach einer Meldung unserer Berliner Schriftleitung hat der Reichsfinanzminister nur darauf verwiesen, daß weitere Dekadezahlungen immer schwieriger werden würden.

Dr. Hermes' Verhandlungen mit den Regierungsparteien.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. März. Reichsfinanzminister Hermes, über dessen Gesuch, ihm einen Ministerposten abzunehmen, noch keine Entscheidung getroffen ist, steht dauernd in Fühlung mit den Regierungsparteien und mit der Deutschen Volkspartei hinsichtlich der Steuerfrage. Ueber den Entwurf einer Zwangsanleihe wird in den nächsten Tagen der Reichswirtschaftsrat gutachtlich gehört. Erst wenn dieses Gutachten vorliegt, will sich der Finanzminister mit sämtlichen Parteien des Reichstages in Verbindung setzen.

Die Lutherfeier in Wittenberg.

Ein Bekenntnis zur Bibel.

Berlin, 6. März. Bei der Lutherfeier in Wittenberg hielt der preußische Kultusminister Böltz eine bemerkenswerte Rede. Er sagte, das Bibelbuch müsse der evangelischen Schule erhalten bleiben. Wir wollen die Katholiken ihre Religion pflegen lassen, aber wir wollen unsere evangelische Ueberzeugung hineinbauen in unsere Schulen. Wir wollen die tiefen religiösen Kräfte, die im Luthertum ruhen, unserer Jugend erhalten. Der schwedische Erzbischof Söderblom, Upsala, bezeichnete in einer Ansprache die Erklärung des preußischen Kultusministers als von bleibender Bedeutung. Sie werde starken Widerhall finden in allen evangelischen Ländern. Der Erzbischof habe tiefe Freude, daß ein Minister der preußischen Regierung die Bedeutung des Bibelbuches bezeugt und anerkannt habe. Der Präsident der deutschen evangelischen Kirche der Tschecho-Slowakei brachte die Grüße aus dem Lande „der Grübler und des Kelches". Er äußerte sich hoffnungsvoll über die Zunahme des evangelischen Bekenntnisses in der Tschecho-Slowakei und einen Abbau deutschfeindlicher Gesinnung. Zu der Feier waren Vertreter von 13 deutschen Universitäten, von allen evangelischen Kirchen des Auslandes, außer England, und von Staats- und Kirchenbehörden Preußens erschienen.

Der Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. März. Der Schiedsrichter für die deutsch-polnischen Wirtschaftsfragen, Calonder, hat sich auf fünf Tage nach Montreux begeben. Am 11. dieses Monats werden ihm die 14 Streitpunkte, über die noch keine Einigung zwischen den beiderseitigen Delegierten erfolgt ist, vorgelegt. Es ist möglich, daß über den einen oder anderen Punkt noch eine Einigung erfolgt. Am 20. März wird Calonder in öffentlicher Sitzung seine Entscheidung bekanntgeben. Die deutsche Delegation unter Führung des Ministers Schiffer verläßt danach Genf. Die Redaktionskommission bleibt dann noch einige Wochen zur Erledigung ihrer Arbeit, worauf sich Minister Schiffer wieder nach Genf begibt.

Verlobung im dänischen Königshause.

Kopenhagen, 5. März. Der Kronprinz Frederik hat sich mit der Prinzessin Olga verlobt, der Tochter des Prinzen Nikolaus von Griechenland. (W. T. B.)

Abbruch der französisch-spanischen Zollverhandlungen.

Paris, 5. März. Nach einer Meldung des „Temps" aus Madrid kündigt die Zeitung „Libertad" den möglichen Abbruch der französisch-spanischen Zollverhandlungen an und macht Frankreich den Vorwurf der Unversöhnlichkeit. (W. T. B.)

Interventionsgelüste Südslawiens in Fiume.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Belgrad, 6. März. Nach Berichten aus Susak bestehe für die südslawische Bevölkerung in Fiume ernste Gefahr, da sie von den Faschisten bedroht werde. Das Blatt „Novosti" verlangt deshalb, daß die Regierung mit Waffengewalt interveniere.

SLUB
Wir führen Wissen.